Nummer 61 — Halle, Sonnabend, den 13. März 1926. — 61. Jahrgang — Einzelpreis: 10 Pfennige.

# Saale-Zeitung

## Hallesche Neueste Nachrichten ◆ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 2.00 Reichsmark, durch Nachgebühren ohne Bringerlohn 1.80 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 36 Pfennige Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Annahme: Zehn Uhr vormittags. Die Anzeigen werden nach Raum-Zeilen berechnet; die Zeile 0.35 Reichsmark. Für Anzeigen, die im gleichen Umfange in der „Allgemeinen Zeitung" erscheinen, besonderer Grundpreis. Verlagsort Bernburg. Fernsprecher 14 u. 6. Geschäftsstelle Bernburg 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtanschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft, Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22613. Geschäftsstelle u. Druckerei: Halle

## Neues in Kürze.

**Drahtmeldungen und Radiotelegramme.**

Die vom interfraktionellen Ausschuß im Reichstag beschlossene großzügige Kreditaktion für die Deutschen im Osten des Reiches, die durch die Abtretungen Heimat und Existenz verloren haben, wird, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, den Betrag von 150 Millionen Mark überschreiten.

*

**Dem Reichsrat war eine Regierungsvorlage zugegangen, wonach die Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes zum Schutz der Republik in Strafsachen beseitigt werden soll. Der Reichsrat hat in seiner Vollversammlung vom Donnerstag nachmittag einmütig dieser Vorlage zugestimmt.**

*

**Der Reichstagsausschuß, der sich mit der Notlage der Winzer zu beschäftigen hat, beschloß nach eingehender Debatte mit 20 gegen 1 Stimme, die Weinsteuer aufzuheben. Dieser Beschluß bedarf noch der Nachprüfung durch den Haushaltsausschuß, sowie durch das Plenum des Reichstages und des Reichsrates.**

*

**Der Hauptausschuß des Preußischen Landtags erledigte am Donnerstag nach den Etat der Domänenverwaltung. Landwirtschaftsminister Steiger führte dazu aus, die vom Zentrum im Vorjahre angeregte Pachtermäßigung für Domänen und Neuland sei in weitestem Maße durchgeführt. Die finanzielle Lage eines großen Teiles der Domänenpächter sei außerordentlich kritisch, und es müsse trotz ausgiebig zugestandenen Pachtzinsstundungen mit zahlreichen Zusammenbrüchen gerechnet werden.**

*

Der Landtag in Schwerin nahm in zweiter Lesung einen sozialdemokratischen, schon im Haushaltsausschuß mit Unterstützung eines Volksparteilers und eines Völkischen angenommenen Antrag an, daß das mecklenburgische Staatsministerium um die Prüfung zu ersuchen ist, ob gegebenenfalls und welche finanziellen Ersparnisse von einem Anschluß Mecklenburgs an Preußen zu erwarten sind.

*

Die Regierungskommission in Saarbrücken hat die von der Deutschnationalen Volkspartei zu Bismarcks Geburtstag geplante Feier, auf der lebende Bilder aus dem deutsch-französischen Kriege 1870/71 vorgeführt werden sollten, verboten, da sie geeignet seien, die verschiedenen Teile der Bevölkerung gegeneinander aufzureizen, und die durch den Versailler Vertrag geschaffene Ordnung zu beeinträchtigen.

*

Die ersten drei Tage dieser Woche haben im Ruhrgebiet, nach den vorliegenden Einzelmeldungen, kein Nachlassen der Betriebseinschränkungen gebracht. Sowohl das Ruhrrevier wie auch Mitteldeutschland melden neue Stillegungen. Auch in den deutschen Papierfabriken sind neue Betriebseinschränkungen erfolgt.

*

Ein Berliner Blatt warnt nachdrücklich vor allen Hoffnungen auf eine schnelle Freigabe der nordamerikanischen Vermögen Deutschlands. Es lägen absolut keine neuen Tatsachen vor, die Illusionen erwecken könnten. Welchen Inhalt die in Amerika mehrfach angekündigte Gesetzesvorlage haben werde und wann sie komme, wisse zurzeit in Deutschland niemand.

*

Die Berliner Stadtsynode hat bei Beratung des Haushaltsplanes für 1926 beschlossen, die Kirchensteuer von 15 auf 12½ Proz. der Einkommensteuer zu ermäßigen.

*

Der Pariser „Matin" meldet die Ankunft des Generals Walch in Paris. Der General hat wichtige Besprechungen mit dem Vorsitzenden des Obersten Militärrates, Marschall Foch. Am Dienstag kommender Woche wird der Botschafterrat zu den noch ausstehenden deutschen Entwaffnungsverpflichtungen Stellung nehmen.

*

**Dem Pariser „Temps" zufolge hat der Oberste Militärrat in Versailles sich gutachtlich gegen die deutschen Forderungen in den Luftfahrtverhandlungen ausgesprochen.**

*

Die Londoner „Morningpost" bestätigt in einem Moskauer Telegramm die schwere Erkrankung der verhafteten drei deutschen Honorarkonsuln im Moskauer Untersuchungsgefängnis. In den letzten Tagen sind, der Moskauer „Prawda" zufolge, eine weitere Anzahl Untersuchungsgefangener aus dem Uralgebiet in Moskau eingeliefert worden, die Mitschuldige der verhafteten deutschen Konsuln sein sollen.

*

Drei japanische Torpedobootjäger sind nach den Taku-Forts in See gegangen, wo der Bürgerkrieg zur Stillegung der Schiffahrt und zur Blockade des Hafens von Tientsin geführt hat. Englische und amerikanische Kriegsschiffe sind bereits bei den Taku-Forts eingetroffen.

## Noch keine Lösung, aber Hoffnung . . .

### „Fortschritte" in Genf.

In Genf haben die Verhandlungen am Mittwoch, wie von den verschiedensten Seiten versichert wird, Fortschritte gemacht. Es wird betont, daß der Einspruch Brasiliens viel von seiner Schärfe verloren habe. Die leitenden Staatsmänner zeigen sich hoffnungsvoll, wenngleich, wie der gleichfalls optimistische Briand offen ausgesprochen hat, „es noch nicht möglich sei, eine geeignete Lösung zu sehen". An amtlicher Stelle in Berlin hat man den Eindruck, daß die deutsche Delegation früher aus Genf zurückkehren werde, als ursprünglich angenommen war. Im Reichskabinett haben übrigens auch am Mittwoch keinerlei Beratungen über Genf stattgefunden. In England ist man zuversichtlicher geworden. Der Londoner „Daily Herald" schreibt von einem Besuch der Arbeiterparteiführer bei Baldwin, der durch die Nachrichten aus Genf veranlaßt worden sei. Baldwin habe den Arbeiterparteilern die Erklärung abgegeben, daß sich in Genf alles wunschgemäß entwickle, die Konferenz werde, wie bestimmt gewesen, mit der Aufnahme Deutschlands enden. Es gebe für die britische Delegation keine andere Instruktion. Nach dem Empfang der Vertreter der Arbeiterpartei beim Premierminister Baldwin stiegen bei Lloyd die Wetten für den günstigen Ausgang der Völkerbundtagung in Genf auf 25 : 1.

### Briands und Chamberlains' Auffassung.

**Genf, 11. März. Zu den heutigen Besprechungen der Delegierten der im Völkerbundsrat vertretenen Mächte meldet die Schweizerische Depeschenagentur: Briand und Chamberlain erklärten, daß die seit gestern dauernden Beratungen nun zum Abschluß gebracht werden sollten. Es gelte, zu einer Verständigung zu gelangen und eine Vereinbarung zu treffen, die allen Interessen einigermaßen gerecht werde. Wie wir vernehmen, sind Spanien und Brasilien von ihrem intransigenten Standpunkt abgekommen. Briand meinte, daß man für Polen mindestens einen nichtständigen Sitz auf eine längere Zeit hinaus sicher stellen müsse. Weiter verlautet, daß die heutige Sitzung ziemliche Fortschritte gebracht hat, und daß vor allem Chamberlain mit Erfolg bemüht war, eine Vermittlerrolle zu spielen.**

### Der Irak 25 Jahre unter Englands Mandat

**Genf, 11. März. In seiner öffentlichen Sitzung genehmigte der Rat die Berichte über die Finanzlage in Oesterreich und Ungarn. Ferner beauftragte die Versammlung den Generalsekretär, die Regierung nochmals zur baldigen Meinungsäußerung über den im Dezember 1925 zugestellten Entwurf einer internationalen Konvention gegen die Sklaverei aufzufordern, damit der Rat in seiner Sommersession den Abschluß dieser Konvention vorbereiten könnte.**

**Schließlich stellte der Rat fest, daß die zwischen England und dem Irak abgeschlossenen neuen Verträge den in der Entscheidung des Völkerbundsrates vom 16. Dezember 1925 aufgestellten Bedingungen für die Zuteilung des Mossulgebietes an den Irak entsprechen, womit diese Entscheidung endgültig geworden ist, und der Irak für die nächsten 25 Jahre unter das Mandat Englands gestellt wird. Die Entscheidung über die endgültige Grenzziehung wurde auf eine der nächsten Ratstagungen verschoben.**

### Die nichtoffiziellen Besprechungen.

**Genf, 11. März. Die nichtoffiziellen Besprechungen der Ratsmitglieder gingen heute abend kurz nach 7 Uhr zu Ende. Die Ratsmitglieder zeigten sich gegenüber den Fragen der Pressevertreter ebenso zurückhaltend wie gestern. Immerhin gab Vandervelde der Meinung Ausdruck, daß man heute nachmittag einen Schritt vorwärts gekommen sei. Eine abschließende Lösung sei aber heute noch nicht zu erwarten. Am Freitagvormittag werden die Vertreter der am Rheinpakt beteiligten Mächte und morgen nachmittag sämtliche Ratsmitglieder wiederum Besprechungen haben.**

### Briand über die Schwierigkeiten.

**Paris, 11. März. Wie der Havasvertreter aus Genf berichtet, hat Briand nach Schluß der inoffiziellen Sitzung des Völkerbundsrates Pressevertretern gegenüber erklärt:**

**Was das Problem schwierig mache, sei, daß es sich nicht mehr um französisch-deutsche Verhandlungen oder deutsch-alliierte Verhandlungen handele, sondern, daß von nun ab der Völkerbundsrat selbst sich mit der Lösung der Frage befassen müsse. Gestern hätten die Signatare der Abkommen von Locarno gewisse Mißverständnisse zwischen Frankreich und Deutschland beseitigen können. Heute stünden prinzipielle Fragen auf dem Spiele: das Statut des Völkerbundsrates selbst und die Frage der Mechtsmandate. Die Signatare der Abkommen von Locarno dürften nicht vergessen, daß für die Inkraftsetzung dieser Abkommen der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund notwendig sei, und daß diese Notwendigkeit mit den berechtigten Bedürfnissen der anderen im Rate vertretenen Mächte in Einklang gebracht werden müsse. In der Sitzung sei man einen Schritt weiter gekommen. Doch sei es noch nicht möglich, eine geeignete Lösung zu sehen. Am Freitagvormittag werden die Signatarmächte der Abkommen von Locarno mit den deutschen Vertretern eine Sitzung abhalten und am Nachmittag der Völkerbundsrat zu einer vertraulichen Sitzung zusammentreten.**

### Die französischen Delegierten bei Stresemann.

**Genf, 11. März. Paul Boncour und Loucheur erwiderten heute abend 6¾ Uhr im Hotel Metropole den Besuch, den Reichsaußenminister Dr. Stresemann am Dienstag den beiden französischen Delegierten gemacht hatte. Der Besuch war bereits heute vormittag vereinbart worden.**

**Genf, 11. März. Bundeskanzler Dr. Ramek empfing heute den Gegenbesuch des deutschen Reichskanzlers Dr. Luther. Am Abend hatte Dr. Ramek eine längere Unterredung mit dem polnischen Ministerpräsidenten Grafen Skrzynski.**

### Brasiliens Aktion.

**London, 11. März. Reuter meldet aus Genf: Verantwortliche Kreise lehnen es ab, die angedrohte Aktion Brasiliens, gegen einen ständigen Ratssitz für Deutschland zu stimmen, allzu ernst zu nehmen. Die gestrige lange Sitzung, über die allenthalben das größte Geheimnis gewahrt wurde, war anscheinend durch diese Drohung veranlaßt. Trotz des Versprechens indessen, daß sie als vertraulich betrachtet werden solle, war nach Mitternacht in den Kreisen der auswärtigen Delegierten etwas durchgesickert, im Sekretariat aber war die Angelegenheit heute morgen erst ganz im allgemeinen bekannt. Obgleich die Möglichkeit einer derartigen Aktion Spaniens und Brasiliens nicht aus dem Gesicht verloren worden ist, war man stets der Meinung, daß keins von beiden Ländern einen so extremen Schritt unternehmen würde. Die Lage ist unzweifelhaft kompliziert, es besteht aber starke Hoffnung, daß als Ergebnis der heutigen weiteren Besprechung mit Briand eine weisere Haltung vorherrschen und die Schwierigkeit überwunden werden wird.**

### Ein Kompromißvorschlag Briands: Für Polen nur ein zeitweiliger Sitz.

**London, 12. März. Der französische Berichterstatter des „Daily Telegraph" meldet, Briand sei sofort nach seiner Ankunft in Genf an die Arbeit gegangen. Sein „Vormarschplan" sei wie folgt: 1. Er werde versuchen, die Deutschen dazu zu bringen, sich ohne Verzug zu verpflichten, die Entscheidung des Völkerbundsrates anzunehmen; 2. er wolle den schwedischen Außenminister überreden, sein Veto zurückzuziehen; 3. er wolle einen Druck auf die spanischen und brasilianischen Vertreter ausüben, um sie zur Zurücknahme ihrer Drohungen zu bewegen; 4. er werde Graf Skrzynski davon zu überzeugen suchen, daß Polen nicht mehr als einen zeitweiligen Sitz erhalten könne.**

### Die nächste Sitzung der Völkerbundsversammlung.

**Genf, 11. März. Die nächste Sitzung der Völkerbundsversammlung ist auf Sonnabend vormittag 11 Uhr angesetzt worden; auf der Tagesordnung dieser Sitzung steht jedoch bisher nur die Errichtung eines Versammlungsgebäudes für den Völkerbund.**

## Mussolinis Sonderpolitik.

**Ausbau der Luftflotte.**

**Rom, 11. März. Mussolini hatte wiederholt Unterredungen mit dem Unterstaatssekretär für Luftfahrt General Bonzani und dem Oberkommandanten der Luftflotte über den Ausbau der Luftflotte, zu welchem Zweck eine neue „Schlacht der Flügel" einsetzen werde, da das Budget erhöht werden müsse.**

**Abmachungen mit Jugoslawien.**

**London, 11. März. Das Zusatzabkommen zum italienisch-südslawischen Vertrag enthält, nach den „Times", folgenden Bericht:**

1. **Verständigung der beiden Nationen, sich dem Anschluß Oesterreichs an Deutschland zu widersetzen.**
2. **Die Zusicherung Südslawiens, vom Bau eines Hafens an der Adria abzusehen, der Fiume Konkurrenz machen könnte.**
3. **Italienische Unterstützung der südslawischen Wirtschaftspolitik in Saloniki.**

**Diese Punkte seien in Temesvar der Kleinen Entente mitgeteilt worden. Der tschechische Delegierte habe dazu erhebliche Befürchtungen hinsichtlich der Koalition der Kleinen Entente ausgesprochen. Die Unterzeichnung sei noch nicht erfolgt, da noch über Frankreichs Teilnahme verhandelt werde. Die durch den Vertrag geschaffene Lage sei Gegenstand eingehender Besprechungen in Genf gewesen, an denen Spanien als Mittelmeermacht am lebhaftesten Interesse gezeigt habe.**

## Die unechten Silberstreifen

### Die wirkliche Lage unserer Wirtschaft.

Es sind zwei Erscheinungen, welche von der deutschen Industrie heute als Speise für ihren Optimismus und ihre Hoffnungsfreudigkeit mit einer gewissen Gier aufgenommen werden: nämlich erstens das Flüssigwerden des Geldmarktes und zweitens die „günstige Handelsbilanz".

„Am Grabe noch pflanzt er die Hoffnung auf." Je schlechter es dem Menschen geht, um so mehr hängt er sich an jeden Silberstreifen. Es wäre grausam, einem hoffnungslos Kranken die letzte Hoffnung zu nehmen. Aber hier handelt es sich nicht um einen hoffnungslos Kranken, sondern um die starke deutsche Industrie, die sich nur richtig einzustellen hat; so kann sie den Sturm der Wirtschaftskrise bestehen. Wir sind also verpflichtet, uns Klarheit über diese beiden Erscheinungen zu verschaffen. Es steht dem leider im Wege, daß im allgemeinen unsere industriellen Führer sich allzusehr scheuen, eine große Politik auf lange Sicht zu treiben und allzusehr nur von einer Konjunktur in die andere leben.

Es ist Tatsache, daß die kurzfristigen Gelder auf der Reichsbank und anderen Banken sich anhäufen, und daß sie sogar schon ins Ausland haben gegeben werden müssen, um nur eine Anlage zu wenigstens 2½ Zins zu finden. Es wird hinzugesetzt, daß man einen Unterschied machen müsse zwischen Angebot von Geld und von Kreditkapital; das letztere fehlt, oder wird immer knapper. Nur das tägliche Geld ist flüssig.

Ist dieser Zustand nun etwa erfreulich? Ist er nicht nur ein Zeichen, daß die Krise sich verschärft? Wenn die Rentabilität in Industrie und Landwirtschaft ins Negative fällt, wenn die Unternehmungen schon überschuldet sind, so fehlt eben beiderseits das Vertrauen zu weiterem Geben und Nehmen. Die Kreditkrise endet damit, daß auf der einen Seite die Wirtschaft sich durch Zusammenbrüche und Arbeitslosigkeit verkleinert und auf der anderen Seite die verfügbaren Kapitalien keine zuverlässige Anlage finden. Dann sinkt der Zinsfuß vielleicht auf Null Prozent. Aber eine Heilung für die Wirtschaft bedeutet das nicht, solange als die Ursachen weiter wirken, welche die negative Rentabilität verursachten. Ohne zureichende Preise sind alle Kredite Unsinn; diese Erkenntnis ist es, welche den Vorgang des Borgens zum Stillstand bringt.

Uebrigens wird dieses Sinken des Zinsfußes zu einer schweren Gefahr für alle diejenigen, welche sich zu einem höheren Zinssatz, z. B. 10 Prozent oder auch 7½ Prozent langfristig verschuldet haben. Sie haben sich die Konversion, das Mitgehen mit dem Zinsfuß nach unten versperrt. Auf diese Gefahr hat schon vor Wochen Oberamtmann Wenzel-Teutschenthal hingewiesen.

*

Der ganze Vorgang bedeutet den Zusammenbruch einer Illusion, in welcher sich die Wirtschaft befunden hat: sie besteht darin, daß es so etwas wie 14 Prozent Zinsen oder auch 7½ prozentige langfristische Verschuldung in unserem Zustand überhaupt geben könne und dürfe. Unter dem Druck einer Stabilisierung auf Dollarparität und unter dem Druck der Sperrung der Auslandsmärkte gegen uns, — kurzum in dem Zustand einer gefährlichen und von uns selbst nach bewußt verstärkten Depression — kann es keine 14 Prozent Zinsen geben. Es sind unwirkliche Zinsen; sie werden vom Kapital gezahlt; sie sind nichts anderes als ein Ausdruck dafür, daß Schuldner und Gläubiger gemeinsam in diesem Jahre wohl 20 Prozent vom Kapital eingebüßt haben. Jene Flüssigkeit von Bankgeldern ist demnach nichts anderes als eine Nebenerscheinung von Kapitalzerstörung, sehr ähnlich jener anderen Form, welche sich hinter den Billionen-Ziffern verbarg: Das Ende einer Illusion.

*

Der andere unechte Silberstreifen ist die günstige Handelsbilanz". Wir haben sowohl im Monat November wie im Monat Dezember nicht mehr jene phantastische Mehreinfuhr von 300 Millionen pro Monat gehabt. Diese hat sich bekanntlich umgesetzt in eine sehr große Nahrungsmitteleinfuhr, — ebenso groß wie vor dem Kriege, aber insofern viel gefährlicher als sie in Fertigfabrikaten (Butter, Fett, Mehl) bestand, während jene in 7 Millionen Tonnen Futtermitteln bestand.

Ist die Passivität der Handelsbilanz etwa verschwunden weil die deutsche Ausfuhr um ebensoviel gestiegen sei? Keineswegs. Die deutsche Ausfuhr steigt nur ganz mäßsam nach oben, — sie beträgt nur zwei Drittel der Vorkriegszeit und reicht nicht im Entferntesten zu, um unsere Einfuhr so wie bisher zu finanzieren. Gegenüber der steigenden Schutzzollpolitik der Engländer und der Erfolglosigkeit unserer Handelsvertragspolitik sind die Aussichten für Besserung auf dieser Seite sehr schwach.

Sondern die Einfuhr ist eben zusammengeschrumpft auf die Höhe der vorhandenen Ausfuhr. Das ist allerdings der Zustand, dem wir entgegengetrieben werden. In dem Maße als wir die Erfüllung des Dawesplanes aus eigener Kraft bewirken, wird sogar die Einfuhr unter die Ausfuhr sinken müssen.

Ist das nun eine günstige Handelsbilanz?

In einer Hinsicht: — Ja. Es kann nicht ausbleiben, daß diese Wendung der Dinge nach einigen Monaten die deutsche Landwirtschaft von dem Druck der Ueberschwemmung des Marktes mit

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260313017/fragment/page=0001

Inflationszeit Wunden heilen. Die Folge wird sein ein starkes Steigen der nahrungsmittelpreise auf dem deutschen Markt. Ist das erfreulich? Für die Landwirte gewiß; — und auf lange Sicht sogar für die ganze Nation. Denn es ist der Zwang, der uns endlich auf den richtigen Weg bringt, den wir gehen müssen. Vermehrung der Landwirtschaft. Wir müssen mit aller Energie eine verstärkte Landwirtschaft wollen, — und dazu gehören höhere Preise. Es ist das auch für die deutsche Industrie, welche sich in vermehrtem Maße dem Binnenmarkt zuwenden muß, weil ihr die notwendige Ausfuhr fehlt, der einzige Weg der Rettung. Denn Binnenmarkt bedeutet Landwirtschaft. Es ist auch der richtige Weg, um die Arbeitslosigkeit zum Verschwinden zu bringen. Es gibt keine vernünftige Erwerbslosenfürsorge außer derjenigen, welche erst Landwirtschaft, dann Industrie wieder rentabel macht.

*

Jedoch für die Verbraucherbevölkerung in den Städten bedeutet diese günstige Handelsbilanz keine reine Freude. Wenn sie anhält, so kann es nicht ausbleiben, daß die verminderte Nahrungsmittelzufuhr in einer sehr ernsten Weise sich fühlbar macht. Es hat nicht den Anschein, als ob diejenigen, welche von einer günstigen Handelsbilanz reden, sich der unausbleiblichen Folgen dieser Wendung klar bewußt sind. Jedenfalls die Staatsmänner, welche der Meinung sind, daß der Wiederaufbau Deutschlands „nur mit fremder Hilfe" möglich sei, welche weiter der deutschen Industrie durch Hereinnahme von fremdem Betriebskapital helfen zu können glauben, welche sich einbilden, es könnte der deutschen Industrie durch Subventionskredite zur Finanzierung verstärkter Ausfuhr geholfen werden, diese Industriepolitiker, denen jeder Gedanke näher liegt als der, sich entschlossen auf Binnenmarkt umzustellen, — diese Alle können unmöglich in der „günstigen Handelsbilanz" einen echten Silberstreifen erkennen.

Die Lage ist folgende: Wir kommen unter eine Art Blockade der gedrosselten Ausfuhr und Einfuhr. Die Drosselung wird besorgt durch die Schutzzollpolitik der anderen Mächte, durch den Dawesplan und durch die fortschreitende deutsche Verarmung.

Wenn wir die Notwendigkeit dieser Wende erkennen, — wenn wir uns entschlossen darauf einstellen, — dann allerdings kann der Silberstreifen zur Morgenröte eines neuen Tages werden, an welchem die deutsche Arbeit den Lohn für ihre Mühe auch wirklich erntet.

## Großdeutsche Tagung in Wien.

**Wien, 11. März.** Die „Wiener Neuesten Nachrichten" veröffentlichen folgenden Artikel des Bizekanzlers Dr. Narer unter dem Titel: Der Großdeutschen Tagung zum Gruß. Deutsch-Oesterreich begrüßt die Jugend, die aus dem Deutschen Reiche zu uns kommt, um hier in ernster Beratung mit führenden Männern des kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Lebens den Weg kultureller, wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Zusammenarbeit bereiten zu helfen. Das Volk will zum Volk. Den Weg zur geschlossenen Zusammenarbeit zu bahnen, ist die Aufgabe der heute beginnenden großdeutschen Tagung. Tausend der reichsdeutschen Akademiker, die nach mehrtägigem Aufenthalt in unserem schönen Lande in die Heimat zurückkehren, werden Eindrücke mit sich nach Hause nehmen, die lebendig sind und getragen sind von der Größe des Gedankens. Das wertvolle an solcher Tagung ist, daß alle sonst im Lande geknüpften Beziehungen persönlicher, geistiger und gemütlicher Natur eine Prägung erhalten durch den Gedanken, der die Tagung beherrscht. Viel ward in der Vergangenheit gesündigt, weil man sich gegenseitig nicht kannte und nicht verstand, und darum verschiedentlich vielleicht auch entgegengesetzte Wege ging. Das wurde in letzter Zeit doch bei Dank anders. Wir suchen uns immer häufiger gegenseitig auf und lernen uns dadurch besser kennen. Wir knüpfen so in aller Stille durch persönliche Kleinarbeit Band an Band. Die heutige Tagung ist dazu geschaffen, den Gedanken des geistigen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenschlusses in hervorragendem Maße zu dienen. Wir Deutschösterreicher wünschen ihr von Herzen vollen und ganzen Erfolg.

# Minister Külz vor und nach der Revolution.

### Scharfe Angriffe von rechts. / Ankündigung eines Mißtrauensantrags. / Tumult.

**Berlin, 11. März.**

Am Regierungstisch: Reichsminister Dr. Külz. Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 1.20 Uhr. — Die zweite Lesung des Reichshaushaltplanes für das Innenministerium wird fortgesetzt.

Abg. Schneider (Ztr.) bittet, die tragenden Kräfte des deutschen Volkstums mehr in den Vordergrund zu stellen. Es fehle uns das starke Nationalbewußtsein, wie es die Franzosen haben und die granitene Härte der Angelsachsen. Wir haben noch ein Uebermaß von innenpolitischen Streitigkeiten. Der Redner lehnte für den gegenwärtigen Augenblick jede Verfassungsänderung ab.

Abg. Dr. Goetz (Dem.) forderte die baldige Vorlegung des Reichsschulgesetzes und der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfes über das Schicksal der Minderheiten innerhalb des Reiches.

Abg. Leicht (Bayr. Vp.) meinte, die vom Minister geforderte Einordnung der Einzelstaaten in das Reich dürfe nicht auf dem Wege der Reichsdiktatur erfolgen, sondern durch Verständigung zwischen Reich und Ländern.

Abg. Kube (Völk.) steht die Ursachen unserer schweren Not vor allem in dem Reparationswahnsinn und in den Dawesgesetzen. Der Weg von Versailles bis Genf sei eine verhängnisvolle Entwicklung. Minister Külz habe noch während des Krieges eine recht

**byzantinische Kaiser-Geburtstagsrede**

gehalten, die sogar gedruckt worden sei. (Hört, hört! rechts.) Da sei eine scharfe Kritik besonders berechtigt, wenn man jetzt gegenüber den Beamten eine ekelhafte Gesinnungsschnüffelei betreibe. Als der Redner Barmat und Kutisker Sozialdemokraten nennt, ruft der Abg. Crispien (Soz.): „Schuft!" und wird deshalb zur Ordnung gerufen.

Reichsminister Dr. Külz stellt fest, daß die Debatte, abgesehen von der letzten Rede, erfreuliche Fortschritte gezeitigt habe. Eine wesentliche Annäherung der Extreme nach der Mitte zu habe sich gezeigt. Der Minister wendet sich nunmehr gegen den Abg. Kube und erklärt, dieser habe den Gesichmack gehabt, eine Rede vorzulesen, die er früher gehalten habe. Die Tendenz dieses Vorgehens sei klar erkennbar. Er wollte, so fährt der Minister fort, meine Staatsgesinnung und derzeitige republikanische Gesinnung anzweifeln. (Große Heiterkeit bei den Deutschnationalen und Völkischen und unausgesetzte Zurufe: derzeitige!)

Ich habe schon im Hauptausschuß erklärt, daß ich meine frühere monarchistische Gesinnung niemals verleugnet habe und mich ihrer nicht schäme. Ich habe dem Kaiser ziemlich nahegestanden, aber wenn ein Kaiser, der von Millionen von Deutschen verlangt hat, daß sie ihr Leben einsetzen sollen für die Monarchie, in dem Augenblick, wo die Geschichte erstmalig von ihm selbst ein Einsetzen für den monarchistischen Gedanken verlangt, nach Holland fährt, so ist das Band innerlich zerrissen.

**Das Grab der Monarchie**

wird von der Geschichte nicht auf deutschem Boden, sondern auf dem Wege nach Holland gesucht werden. Ich könnte mir denken, daß der monarchistische Gedanke eine Wiedergeburt erfahren hätte, wenn der Monarch gehandelt hätte etwa wie Friedrich der Große, der bei Torgau vom Morgen bis zum Abend mit Blut und Dreck bespritzt, mit seinen Grenadieren kämpfte und dadurch die Monarchie rettete. Für mich liegt die Monarchie auf der Totenbahre. Man kann Toten, wenn man Anlaß dazu hat, ein verehrungswürdiges Gedenken bewahren, aber die Arbeit gehört den Lebenden, und leben geblieben ist das deutsche Volk und der deutsche Staat.

Während der Rede des Ministers erhob sich bei den Deutschnationalen und Völkischen

**ein ungeheurer Tumult.**

Die Völkischen stoßen andauernd „Pfuirufe" aus. Vizepräsident Bell versucht vergebens, Ordnung zu schaffen. Der Tumult schwillt immer weiter an. Die Linke antwortet mit Gegenrufen. Schließlich verlassen die Deutschnationalen und Völkischen den Saal.

Der Minister kann dann seine Rede fortsetzen und erklärt, daß er das Reichsschulgesetz und das Wahlgesetz vorlegen wolle, wenn die Notwendigkeit dafür vorhanden sei. Es sei nicht beabsichtigt, das Wahlgesetz mit dem Artikel 48 durchzuführen. Der Minister stellt fest, daß trotz mancher Gegensätzlichkeit die Möglichkeit gemeinsamer Arbeit im Reichstag vorhanden sei.

Abg. Graf Westarp (Dnatl.) erklärt, daß die Aeußerungen des Innenministers über seine „derzeitige" republikanische Auffassung seine Fraktion dazu nötigen, einen Mißtrauensantrag gegen den Minister einzubringen.

Darauf werden die Beratungen abgebrochen. Freitag 1 Uhr Weiterberatung.

## Zur Rückbesiedelung entvölkerter Gegenden.

Im Reichstage ist ein deutschnationaler Antrag eingegangen, der die Reichsregierung ersucht, zur durchgreifenden Abdämmung der Landflucht und zur Rückbesiedelung entvölkerter Gegenden einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen bestimmt wird:

1. Es wird eine Reichs-Treuhand-Stelle für ländliche Siedlung als Anstalt des öffentlichen Rechtes errichtet. Diese Anstalt hat den Zweck, die Verteilung von Reichsmitteln zur Förderung der ländlichen Siedlung zu überwachen. Der Anstalt sind von seiten des Reiches 120 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen, deren Weitergabe durch die Rentenbank-Kreditanstalt erfolgt.

2. Die Mittel und die aufkommenden Zinsen sind als langfristige Kredite zu verwenden, insbesondere zur Sicherung eines größeren Landvorrates für Siedlungszwecke und zur Gewährung von Einrichtungskrediten für jährlich 6000 ländliche Siedlungsstellen unter besonderer Berücksichtigung von der Entdeutschungsgefahr bedrohter Landteile auf die Dauer von mindestens 5 Jahren.

### Vorschüsse auf die Hauszinssteuer.

Der Amtliche Preußische Pressedienst teilt mit, daß auf das Aufkommen an allgemeiner Hauszinssteuer für die Zeit vom 1. April bis 30. Juni dieses Jahres Vorschüsse gegeben werden können, und zwar bis zur Höhe von 90 v. H. des berichtigten Sollaufkommens des gemeindlichen Hauszinssteueranteils für die Neubautätigkeit für das erste Vierteljahr 1925. Außerdem hat die Staatsregierung im Vorgriff schon jetzt einen Betrag von 25 Millionen Rm. zur Verfügung gestellt.

### Der neue Postetat.

Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, bringt der neue Postetat 9662 neue Planstellen und 6653 Beförderungsstellen, während bekanntlich sonst im Reichsetat für 1926 keinerlei neue Beamten- und Beförderungsstellen enthalten sind. Am 1. Oktober 1923 waren 224 850 planmäßige Postbeamte vorhanden, von denen rund 33 000 abgebaut und auf Wartegeld oder in den Ruhestand versetzt wurden. Jetzt sind 223 931 planmäßige Beamtenstellen vorgesehen, so daß die Zahlen vor dem Abbau fast erreicht sind, der Abbau daher bei der Post unnötig war und nur den Pensionsfonds der Post belastet hat. Die Stellenvermehrung bei der Reichspost wird selbstverständlich auch bei den Hoheitsverwaltungen des Reiches neue Beamtenstellen und damit Mehrkosten verursachen.

Die Verhandlungen über die Fundierung der französischen Kriegsschulden an Amerika sind wieder aufgenommen.

### Gegen das hohe Schulgeld.

Aus den Mitgliedertreisen der Angestellten-Gewerkschaften werden ernste Beschwerden darüber geführt, daß auf Grund des Erlasses des preußischen Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung vom 25. Februar 1926 das Schulgeld für die höheren Schulen vom 1. April 1926 ab auf 200 Mk. jährlich erhöht werden soll. Man ist der Auffassung, daß eine derartige Regelung allen Volksbildungsbestrebungen entgegenläuft und gerade diejenigen Schichten der Bevölkerung von der Erlangung einer umfassenden Bildung ausschließt, aus denen somit wertvolle Träger unserer deutschen Kultur hervorgingen: aus den Kreisen des deutschen Mittelstandes und der handarbeitenden Gruppen. Die Betroffenen vertreten die Meinung, daß das preußische Ministerium den Erlaß in dem beabsichtigten Umfange keinesfalls zur Durchführung bringen darf, wenn dem Versprechen, das dem Tüchtigen freie Bahn gibt, Rechnung getragen werden soll. Als Mindestforderung muß eine Regelung gefordert werden, die eine gewisse Einnahme-Grenze vorsieht und daß vor allem den Angestellten, Beamten und Handarbeitern, ebenso Familien mit mehreren schulpflichtigen Kindern auf Antrag wesentliche Schulgeldermäßigungen zugestanden werden.

### Die Aufwertung der Sparguthaben.

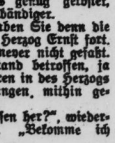
Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat die Aufwertung der Sparguthaben bei den öffentlichen oder unter Staatsaufsicht stehenden Sparkassen in Preußen durch die Zweite Durchführungsverordnung vom 27. Februar d. J. eine weitere Regelung erfahren. Die neue Verordnung legt zunächst fest, daß es für die Aufwertung der Sparguthaben einer Anmeldung grundsätzlich nicht bedarf. Lediglich in den Sonderfällen, in denen ein von einer Sparkasse an eine andere überwiesenes Guthaben unter Zugrundelegung eines höheren Goldwertes als desjenigen ausgewertet werden soll, der für das Datum der Ueberweisung maßgebend ist, bedarf es der Anmeldung bis zum 30. Juni 1926.

Der Mindestgoldmarkbetrag der bei der Aufwertung zu berücksichtigenden Sparguthaben ist auf 8 RM. festgesetzt. Eine Streichung von Einzahlungen der Inflationszeit findet ebensowenig statt wie eine rückwirkende Aufwertung von ausgezahlten Guthaben.

Die Regelung der Fälligkeit und der Verzinsung der aufgewerteten Sparguthaben bleibt späterer Anordnung überlassen. Es ist aber Vorsorge getroffen, daß bereits vor Eintritt der Fälligkeit die Sparkassen in den dringendsten Härtefällen an einzelne Spargläubiger freiwillig eine Aufwertung bewirken.

Der Stand der amerikanischen Freigabeaktion für die beschlagnahmten deutschen Vermögen ist nach den letzten Meldungen aus Newyork wieder ungünstiger geworden. Der Oberste Bundesgerichtshof hat die Klage des Norddeutschen Lloyds gegen die Beschlagnahme der Docks in Hoboken zurückgewiesen. Die gleichzeitige neue Arrestverfügung über das beschlagnahmte deutsche Vermögen für Kriegsansprüche amerikanischer Versicherungsbanken bedeutet, daß man sich in Deutschland wieder einmal unbegründeten Hoffnungen hingegeben hat.


**Salit**



Zum Einreiben bei Rheumatismus, Reißen, Gliederschmerzen, Hexenschuß, Neuralgien.
Salit-Creme enth. ein wirksames Heilmittel 25%, Salit. pur. (Salit. pur. = 70% Salicylsäuremethylester).
In allen Apotheken: Tube 1.— M.


## „Katte."

**Schauspiel von Hermann Burte. — Erstaufführung im Stadttheater.**

Ut desint vires
Tamen est laudanda voluntas. —

Es gibt also doch noch Leute, die den Mut haben, in heutiger Zeit ein Stück auf die Bühne zu bringen, das bewußt das Ethische in den Vordergrund stellt, das nicht unter dem Vorgeben, jenseits von Gut und Böse nur der Wahrheit dienen zu wollen, auf billige Instinkte spekuliert. Dem Dichter — und auch der Theaterleitung — sind wir dafür Dank schuldig, und es ist deshalb doppelt schmerzlich, feststellen zu müssen, daß die Tat hinter dem Willen weit zurückblieb.

Die tragische Figur des Kapitänleutnants Katte, die Persönlichkeiten Friedrich Wilhelms I. und seines Thronfolgers, die Mißhelligkeiten und Intrigen am Hofe und in der großen Politik boten dem Dichter Stoff genug, um aus dem Vollen schöpfen zu können. Doch angesichts dieser Fülle ging ihm nur zu bald der Atem aus. Er legte die Schöpferkelle beiseite und wurde zu einem trockenen Schulmeister, der durch fortwährende und unnötige Wiederholungen das Interesse seiner Schüler abtötet und Gefahr läuft, ihren Widerwillen gegen die Methode zum Widerwillen gegen die Sache zu machen. Gerade hier, wo es sich besonders um Momente handelt, die Herzenssache sind, ist Maßhalten das oberste Gebot. Es ist undeutsch, sein innerstes Fühlen auf dem Markte auszuführen, statt es in einen Händedruck, einen Blick, in ein kurzes, aber desto inhaltsreicheres Wort zu legen. Und vom Erhabenen zum Lächerlichen ist nur ein Schritt . . .

Hermann Burte wird daher mit diesem Schauspiel nicht den ideellen Erfolg haben, den er erstrebt. Eher muß man das Gegenteil befürchten. In diesem Sinne ist das Stück trotz des Erfolges den es in der Herausarbeitung des altpreußischen Staats- und Pflichtgedankens, der jedes, auch das schwerste Opfer fordert, und in der scharf umrissenen Zeichnung des pflichtstrittenen Soldatenkönigs zweifellos darstellt, eine Tat.

Der Dichter hat sich eng an die historischen Tatsachen angelehnt — mehr, als der Handlung gut ist — und hat aus Eigenem nur die Liebesangelegenheit zwischen Katte und der Prinzessin Wilhelmine hinzugefügt und mit dem Chancellor des ersteren eine Umwandlung vorgenommen, ohne daß es ihm gelungen wäre, zu überzeugen.

Der Figur Kattes wußte Fritz Hensel Gestalt und Inhalt zu geben, soweit ihm der Dichter dazu freie Hand ließ. Hervorragend war Fritz Günzel als König, Luise Selsing als Prinzessin Wilhelmine! Franz Kiebisch stand seiner Rolle als Kriegsgerichtsrat v. Mulius etwas fremd gegenüber, offensichtlich unter dem Eindruck ihres widerspruchsvollen Charakters. Vilma Düsser war eine gute Königin und Mutter. Walter Rawach dagegen hätte seinem Rolle als Feldprediger Müller weniger Geschmack abgewinnen, und auch Fritz Genschow als Kronprinz Friedrich konnte aus dem wenigen, das ihm der Dichter bot, kein plastisches Bild formen.

Die Spielleitung hatte leider den Rotstift da, wo sie ihn zum streichen hätte benutzen sollen, zum unterstreichen verwendet. — Das von Heinz Behrens gestellte Bühnenbild war recht ansprechend und geschmackvoll.

Auffällig war die Leere des Hauses. Das Publikum begrüßte die ersten Aufzüge mit berechtigter Freude, die folgenden aus Gewohnheit, den Teilen — fast fürstlich — aus Dankbarkeit gegen die Darsteller und in Opposition gegen vereinzelte Pfiffe von der Galerie, in denen sich die empörte Internationale (auf Bestellung) gefiel. Sch.

**Die größten Städte der Erde.**

Nach den neuesten Volkszählungen gibt es 24 Städte mit über einer Million Einwohnern. An erster Stelle steht Newyork mit 8 Millionen; es folgen London mit 7,6, Berlin mit 3,9, Tokio mit 1,9 Philadelphia mit 1,9 und Wien mit 1,8 Millionen Einwohnern. Unter den 24 Millionen-Städten befinden sich fünf in den Vereinigten Staaten, drei in China, je zwei in Deutschland (Berlin und Hamburg), England, Rußland, Indien und Japan, je eine in Oesterreich, Brasilien, Argentinien, Mexiko, Türkei und Frankreich.

## Die dressierten Hasen.

**Von Hans Runge, Braunschweig.**

Herzog Ernst II. von Sachsen-Koburg-Gotha war als sehr leutselig bekannt und deshalb in seinem Land bei hoch und niedrig beliebt. Häufig war er in einem einfachen Wägelchen unterwegs und fuhr von Dorf zu Dorf, Bisweilen ließ er in einer kleinen Ortschaft halten und vor dem Dorfkruge ausspannen. Er nahm dann in der Wirtschaft einen Imbiß oder eine Erfrischung und ließ dabei den Ortsvorsteher rufen, mit dem er sich angelegentlich unterhielt.

So sahen denn auch eines Tages Fürst und Ortsschulze im gemütlichen Stübchen eines Grenzdorfes in anregendem Gespräch gegenüber. Am Ende der Unterhaltung, als der Fürst schon aufbrechen wollte, wußte der Schulze noch eine Neuigkeit mitzuteilen.

„Fast hätte ich noch etwas vergessen, was sich Hoheit vor Ihrer Abfahrt unbedingt noch ansehen müssen; unsere beiden dressierten Hasen! Dem Bauern Zipfelmeyer gehören sie. Der ist ein schlauer Bursch. Er hat schon manches Tier abgerichtet und kommt einmal ein kleiner Wanderzirkus hier durch, setzt er alles mit gutem Verdienst ab. Aber so etwas wie unsere dressierten „Krummen" haben Hoheit ganz gewiß noch nicht gesehen!"

„Also los", rief lachend der Herzog. „Kommen Sie, lieber Schulze, wir gehen zum Zipfelmeyer, und das kleine Vöglein bringt mir die schlauen Löffelträger!"

Wenig später stand der Herzog vor Zipfelmeyers Hasenzwinger und ließ sich die berühmten Tiere vorführen, die in der Tat alle möglichen Kunststücke ausführen konnten: trommeln, auf Kommando über Hindernisse springen, Schnupftücher oder andere Gegenstände apportieren und Sichtotstellen waren die mühsam erzogenen Fertigkeiten der beiden Löffelträger. Unermüdlich „arbeiteten" die Krummen, und keine „Nummer" mißlang, zur größten Freude und Bestriebigung Zipfelmeyers und des Dorfschulzen.

„Das ist je alles einfach fabelhaft! Wie haben Sie das blos angestellt, Zipfelmeyer?" wandte sich der Herzog.

„Geduld und Mühe hat es genug gekostet, Hoheit," antwortete der Hasenbändiger.

„Aber sagen Sie mal, wo haben Sie denn die schlauen Tiere hergeholt?" fuhr Herzog Ernst fort.

Auf diese Frage war Zipfelmeyer nicht gefaßt. Er wechselte die Farbe und stand betroffen, ja verlegen da, denn die Hasen waren in des Herzogs Jagdrevier mit Schlingen gefangen, mithin gewildert worden.

„Nun, wo haben Sie die Hasen her?", wiederholte eindringlich der Herzog. „Bekomme ich keine Antwort?"

„Die—die—die— sind drüben aus dem Weimarischen geholt", stotterte Zipfelmeyer, dem es nicht mehr wohl zumute war.

„Aus dem Weimarischen?", verwunderte sich der Landesvater. „Konnten Sie denn nicht unsere Hasen abrichten?"

„I bewahre", rief aufatmend Zipfelmeyer. „Das geht nicht, Hoheit! Unsere Hasen sind nämlich ganz ungewöhnlich dumme Viecher! Die kann ich nicht gebrauchen!"

**Berufung.** Professor Dr. Wolfgang Goetzel an der Universität Tübingen hat den an ihn ergangenen Ruf auf den Lehrstuhl der Geologie an der Universität Breslau als Nachfolger von Prof. H. Cloos angenommen.

**Ernennung zum Ehrendoktor.** Die wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität Frankfurt a. M. hat aus Anlaß der fünfundzwanzigjährigen Wiederkehr des Jahrestages der Gründung des Zentralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes dem Gründer und Vorsitzenden dieses Verbandes, Geheimen Justizrat Universitätsprofessor Dr. jur. Jacob Riesser in Berlin in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um die deutsche Wissenschaft, und die deutsche Wirtschaft sowie als Zeichen des Dankes für seine besonderen Verdienste um die Universität seiner Vaterstadt Frankfurt a. M. ehrenhalber Titel und Würde eines Doktors der Staatswissenschaften (doctor rerum politicarum honoris causa) verliehen.

**Berlin.** Die Privatdozentin für Physik an der Universität Berlin, Prof. Dr. Lise Meitner ist zum nichtbeamteten außerordentlichen Professor ernannt worden.


Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260313017/fragment/page=0002